

## Pressemitteilung

### Was sind Versprechungen der Politik wert?

### **Krankenkassen verlangen von der Politik weitere Kürzungen, obwohl sich die Finanzsituation der Krankenhäuser weiter verschlechtert**

(Hannover, 17. November 2008) – „Die bisher vorliegenden Vorschläge zur Lösung der akuten Finanz- und damit Personalprobleme der Krankenhäuser sind keinesfalls ausreichend“, erklärt Verbandsdirektor Helmut Fricke. Mittlerweile wird sogar offen darüber diskutiert, die bisher fest zugesagten Verbesserungen für die Krankenhäuser wieder zurücknehmen zu wollen. Es kann nicht sein, dass auf der einen Seite Verbesserungen versprochen, auf der anderen Seite jedoch neuerliche Kürzungen gefordert werden. Diese Umverteilung „von der rechten Tasche in die linke Tasche“ ist unerträglich. Dies verhöhnt die Krankenhäuser und ihre massiven Probleme, die es zu lösen und nicht zu verschärfen gilt. Die Beschäftigten der Krankenhäuser haben für derartige Taschenspielertricks keinerlei Verständnis mehr.

Die Krankenkassen haben hier eine Kampagne gestartet, in der mit der bloßen Behauptung über zusätzliche Ausgabenentwicklungen die durchsichtige Absicht verfolgt wird, die Entscheidungsträger zu verunsichern. Ziel der Krankenkassen ist es, das Morbiditätsrisiko voll auf die Krankenhäuser abzuladen. Absolut unverschämt ist der Versuch, den seit 5 Jahren geplanten – und von allen mitgetragenen – letzten Schritt zur Anpassung an die landesweiten Basisfallwerte dafür zu benutzen, um den Kliniken zusätzlich eine Vergütungssumme von insgesamt 800 Mio. Euro entziehen zu wollen.

Wenn die Abgeordneten auf diese Taschenspielertricks der Krankenkassen eingehen, kann man dies nur als Wortbruch bezeichnen.

Die Krankenhäuser brauchen die vollständige Finanzierung der Tarifsteigerungen. Diese muss als prozentuale Erhöhungsrage konkret im Gesetz vorgegeben werden, damit sie sofort umgesetzt werden kann. Die zusätzlichen 21.000 Pflegestellen müssen zu 100 Prozent finanziert werden, damit tatsächlich eine Verbesserung im Pflegedienst in allen Krankenhäusern gleichermaßen erreicht werden kann. Ebenso müssen die Stellen nach der Psychiatrie-Personalverordnung zu 100 Prozent finanziert werden. Es bleibt auch bei der gemeinsamen Forderung für die Zukunft „Der Deckel muss weg“. Die Begrenzung der Vergütungszuwächse der Krankenhäuser durch Anbindung an die Grundlohnrate muss dauerhaft beseitigt werden, damit alle Patienten auch in Zukunft ausreichend und zweckmäßig versorgt werden können. Eine Gesundheitsversorgung, die von der jeweiligen „Kassenlage“ abhängig ist, darf es nicht geben.

Alle politischen Entscheidungsträger sind nun in der Verantwortung, den Versprechungen auch Taten folgen zu lassen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Krankenhäuser vertrauen darauf, dass ihre Sorgen und Probleme endlich ernst genommen aber auch verlässlich gelöst werden.

Um auf die Nöte der Krankenhäuser aufmerksam zu machen, findet am 18. November 2008 ein Protesttag in allen Krankenhäusern statt. In Niedersachsen nehmen zahlreiche Krankenhäuser in allen Regionen mit vielen und fantasievollen Aktionen daran teil. Damit sollen nochmals die gemeinsamen Probleme der Unterfinanzierung verdeutlicht werden.

Die **Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG)** ist der Zusammenschluss aller Krankenhäuser in Niedersachsen mit etwa 45.000 Betten. 1,60 Mio. Patienten werden pro Jahr in den niedersächsischen Krankenhäusern umfassend behandelt. Die Einrichtungen sind zugleich einer der bedeutendsten Arbeitgeber Niedersachsens. Über 90.000 Mitarbeiter der verschiedenen Berufe und 10.000 Auszubildende sind in den der NKG zusammengeschlossenen Krankenhäusern.

**Weitere Informationen:** - Landrat Gerhard Kilian, Vorsitzender der NKG,  
- Helmut Fricke, Verbandsdirektor der NKG,  
- Helge Engelke, stv. Geschäftsführer der NKG,  
Thielenplatz 3, 30159 Hannover, Telefon (0511) 30763-0.